



**RIESEN-ÄRGER UM MELDEGESETZ!**

## Über diese 57 Sekunden streitet ganz Deutschland

**WIE KONNTE DIE ÄNDERUNG, VON DER SICH JETZT SOGAR DIE BUNDESREGIERUNG DISTANZIERT, IM BUNDESTAG SO EINFACH DURCHRUTSCHEN?**

VON M. WICKING UND N. DELISTAT

09.07.2012 — 10:44 UHR

**Großer Wirbel um das neue Meldegesezt!**

Datenschützer und Bürger sind empört. Sogar die Bundesregierung distanziert sich inzwischen davon.

In der Bundespressekonferenz macht Regierungssprecher Steffen Seibert deutlich, es gebe Hoffnung, dass die jetzt angestellten datenschutzrechtlichen Überlegungen noch in das Gesetz einfließen.

**Hintergrund: In der ursprünglichen Gesetzesfassung der Bundesregierung war vorgesehen, dass die Bürger der Weitergabe persönlicher Daten durch die Meldebehörden ausdrücklich zustimmen mussten. In der im Innen-Ausschuss verschärften Gesetzesfassung aber muss nun der Bürger von sich aus Widerspruch einlegen.**

Aber: Wie konnte die Änderung, die es Adresshändlern, Inkassofirmen oder der Werbewirtschaft ermöglicht, Daten aus den Ämtern abzugreifen, im Bundestag einfach so durchrutschen?

DIE SPUR FÜHRT INS SCHWARZ-GELBE LAGER

**Wie aus Koalitionskreisen zu erfahren war, ist die umstrittene Verschärfung des Meldegesezt „auf ausdrücklichen Wunsch der CSU zustande gekommen“.**

**Ausgeführt wurde die Gesetzesänderung nach Informationen des unabhängigen Internetportals abgeordnetenwatch.de von den Koalitions-Abgeordneten Hans-Peter Uhl (CSU) und Gisela Piltz (FDP).**

*Einen Tag vor der Schlussabstimmung am 28. Juni im Deutschen Bundestag hatten die beiden Innenpolitiker einen Änderungsantrag in den zuständigen Innenausschuss eingebracht, wodurch eine verbraucherfreundliche Zustimmungsregelung für die Weitergabe von persönlicher Angaben an Adresshändler und Werbefirmen im letzten Moment aus dem Gesetzestext herausgestrichen wurde.*

Das Meldegesezt stammt ursprünglich aus dem Innenministerium.

**Doch dort sah der ursprüngliche Entwurf vom November 2011 noch ganz anders aus...**

**WIE KONNTE DAS GESETZ DURCHRUTSCHEN? DAS BILD-PROTOKOLL:**

**Als der Bundestag das neue Melderechtsgesezt beschloss, saßen im Plenum kaum Abgeordnete. Im Fernsehen lief das EM-Halbfinalspiel Deutschland–Italien.**

Es ist der Abend des 28. Juni, die 187. Sitzung des Bundestages. Als um 20.45 Uhr das Spiel Deutschland gegen Italien angepfiffen wird, sind fast alle Abgeordneten-Stühle leer.

Sechs Minuten nach Anpfiff, um 20.51 Uhr, wird Punkt 21 der Tagesordnung aufgerufen: die „Fortentwicklung des Meldewesens“. Jenes Gesezt [Link: \(/themen/specials/gesetzesformen/news-fotos-videos-17024688.bild.html\)](http://themen/specials/gesetzesformen/news-fotos-videos-17024688.bild.html), über das jetzt so heftig diskutiert wird.





Fußball statt Verbraucherschutz: Als am 28. Juni das Gesetz um 20.52 Uhr vom Bundestag beschlossen wird, sind kaum noch Abgeordnete anwesend. Die meisten verfolgen vermutlich schon das EM-Halbfinale Deutschland gegen Italien

Foto: Bundestag

**Am Abend der Abstimmung aber regt sich kein Protest. Die Abgeordneten diskutieren nicht einmal, sie geben ihre Reden „zu Protokoll“ – reichen sie also nur schriftlich ein.**

Um 20.52 Uhr ist das neue Melderecht mit den Stimmen von Schwarz-Gelb beschlossen. Auch von den Kritikern des Gesetzes ist kein Laut zu hören.

Erst 14 Minuten später werden viele Abgeordnete aufschreien: Um 21.06 Uhr trifft [Mario Balotelli](#) [Link: \(/sport/fussball/mario-balotelli/will-vaterschaftstest-von-raffaella-fico-24976372.bild.html\)](#) zum 1:0 für Italien.

**Tage nach der Abstimmung regt sich erstmals Widerstand. SPD-Chef [Sigmar Gabriel](#) [Link: \(/themen/personen/sigmar-gabriel/nachrichten-news-fotos-videos-19216832.bild.html\)](#) nennt das Gesetz „gefährlichen Unsinn“.**

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar zu BILD: „Es geht nicht an, dass Daten, die der Staat zwangsweise erhebt, gegen Entgelt und ohne Einwilligung des Betroffenen weitergegeben werden.“

**Auch von Verbraucherschutzministerin [Ilse Aigner](#) [Link: \(/themen/personen/ilse-aigner/nachrichten-news-fotos-videos-15785726.bild.html\)](#) (47, CSU) kommt Kritik: „Nach dem Beschluss des Bundestags sehe ich hier noch Nachbesserungsbedarf.“**

Doch nicht alle sehen das Gesetzesvorhaben kritisch. Die FDP-Vizechefin Birgit Homburger sagte: Erstmals gebe es im Melderecht die Möglichkeit, der Weitergabe von persönlichen Daten zu widersprechen. Die Neuregelungen würden es Einwohnermeldeämtern erlauben, persönliche Daten an Firmen und Adresshändler weiterzugeben, wenn diese nicht widersprechen. Das Widerspruchsrecht sei bereits erprobt, so Homburger.

## DEUTSCHLANDS **SCHNELLSTE MEINUNG**

### DIESEN ARTIKEL EMPFEHLEN

TWEET



### ZU DIESEM ARTIKEL BEITRAGEN

KOMMENTAR

FOTO / VIDEO

TIPP / KORREKTUR

### BILD.DE-COMMUNITY

KOMMENTARE (436)

### Ihre Meinung zu dem neuen Meldegesetz?



**Rantan Plan** • vor 9 Minuten

Schon verwunderlich ... Die Daten werden schon seit Jahren verkauft. Abhängig je nach Bundesland.

2

| Melden

ALLE ANSEHEN

